

GLOBAL 2000

WIR
KÄMPFEN
FÜR DAS
SCHÖNE.



DIE NEUE EU-AGRARPOLITIK

Entspricht sie den Zielen des EU-Green Deal?



EU-LANDWIRTSCHAFT AM SCHEIDEWEG

Wo könnten wir stehen und wo stehen wir tatsächlich?

Alle Bausteine für ein widerstandsfähiges, nachhaltiges und faires Lebensmittelsystem sind bereits vorhanden. Tausende kleiner Bauernhöfe und nachhaltige Erzeuger:innen bilden seit Jahrhunderten das Rückgrat der Lebensmittelproduktion in Europa. Mit umweltfreundlichen Anbaumethoden – etwa die Biolandwirtschaft und die Agrarökologie – stellen sie gesunde Lebensmittel her, die nicht nur die Menschen, sondern auch die Natur nähren.

Wir fordern ein Landwirtschafts- und Ernährungssystem,

- das nachhaltig arbeitende Kleinbäuerinnen und -bauern wirtschaftlich und politisch unterstützt.
- das Ernährungssouveränität und agrarökologische Praktiken, die der biologischen Vielfalt, der Bodengesundheit und dem Klima zugute kommen, fördert.
- das menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gerechte Einkommen sichert und Arbeitsrechte schützt.
- das Neueinsteiger:innen unterstützt und kurze Lieferketten und lokale Märkte stärkt.

Was ist Agrarökologie?

Die Agrarökologie ist ein System der Lebensmittelproduktion, das auf ökologischen, sozialen und politischen Grundsätzen beruht, die die ökologische Vielfalt und das Zusammenspiel sozialer Netzwerke in den Mittelpunkt stellen. Um für die Erzeuger:innen einerseits und die Konsumentinnen und Konsumenten andererseits eine sichere Existenzgrundlage zu schaffen, werden externe Inputs gering gehalten.¹

Um den Übergang zu diesem fairen und umweltfreundlichen Modell der Lebensmittelproduktion zu ermöglichen, fordern wir seit langem grundlegende Veränderungen in Produktion und Vertrieb von Lebensmitteln in der EU.²

Was ist Ernährungssouveränität?

Ernährungssouveränität ist sowohl das Recht der Menschen auf gesunde, ökologisch und nachhaltig produzierte Lebensmittel als auch jenes darauf, selbst über das eigene Ernährungs- und Landwirtschaftssystem zu bestimmen.³

Um der Lebensmittelproduktion eine solche Zukunft zu sichern, gilt es, den bestehenden Agrarsektor umzugestalten. Globalisierung und Industrialisierung in der Lebensmittelproduktion haben dazu geführt, dass jahrzehntelang Profit und Ertragsmaximierung an erster Stelle standen – mit katastrophalen Auswirkungen. Dieses Geschäftsmodell hat nicht nur zu einem sprunghaften Anstieg der weltweiten Kohlenstoffemissionen, sondern auch zum Verlust der biologischen Vielfalt, zur Verschmutzung von Boden und Luft, zu Menschenrechtsverletzungen und zu unsicheren Arbeitsplätzen geführt und hat darüber hinaus auch noch Kleinbäuerinnen und -bauern aus dem Markt gedrängt.⁴

1 Nyéléni – Netzwerk für Ernährungssouveränität. 2015. Declaration of the International Forum for Agroecology. <http://www.foodsovereignty.org/wp-content/uploads/2015/02/Download-declaration-Agroecology-Nyeleni-2015.pdf>

2 Nyéléni – Netzwerk für Ernährungssouveränität. 2019. MORE farmers BETTER food. Why and how to put small-scale sustainable producers at the core of the new CAP. <https://www.eurovia.org/wp-content/uploads/2019/03/Nyeleni-Europe-More-farmers-better-food.pdf>

3 Nyéléni – Netzwerk für Ernährungssouveränität. 2007. Declaration of Nyéléni. <https://nyeleni.org/IMG/pdf/DeclNyeleni-en.pdf>

4 Eurostat-Statistics Explained. 2018. Farms and farmland in the European Union – statistics (rd 85 % der zw. 2005 und 2016 verlorenen landwirtschaftlichen Betriebe in der EU waren kleine Betriebe mit weniger als 5 ha). https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Farms_and_farmland_in_the_European_Union_-_statistics

DER EUROPÄISCHE GREEN DEAL

2019 schlug die EU den zukunftsweisenden Europäischen Green Deal vor.⁵ Die Europäische Kommission kündigte an, für die Reform ihrer Klima-, Verkehrs-, Energie- und Steuerpolitik 1,8 Billionen Euro auszugeben, um das ehrgeizige Ziel, der erste kohlenstoffneutrale Kontinent zu werden, zu erreichen. Die Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 um 55 Prozent gesenkt und bis 2050 eine Netto-Nullbilanz erreicht werden. Teil der Maßnahmen ist die so genannte Farm-to-Fork-Strategie.⁶ Dabei handelt es sich um eine Reihe politischer Ziele, die das europäische Lebensmittelsystem reformieren und dazu beitragen sollen, die Ziele des Green Deal zu erreichen.

Die Farm-to-Fork-Strategie soll

- Europas Wälder, Böden, Feuchtgebiete und Moore wiederherstellen.
- den Einsatz von und die Risiken durch chemische Pestizide um 50 Prozent verringern.
- die Nährstoffverluste um mindestens 50 Prozent reduzieren und damit den Einsatz von Düngemitteln bis 2030 um mindestens 20 Prozent senken.
- den Verkauf antimikrobieller Mittel um 50 Prozent verringern.
- bis 2030 den Flächenanteil von biologisch bewirtschafteten Feldern um 25 Prozent steigern.

Die damit verbundene EU-Biodiversitätsstrategie enthält ebenfalls ein entsprechendes Ziel: Mindestens 10 Prozent der Flächen sollen solche mit hoher Artenvielfalt sein.

Die neue GAP: Was hat sie mit der Farm-to-Fork-Strategie zu tun?

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bestimmt, was im EU-Lebensmittelsektor finanziert und priorisiert wird. Die zuletzt 2021 reformierte GAP verbraucht ein Drittel des EU-Haushaltsbudgets und wird von 2023 bis 2027 fast 270 Milliarden Euro an über sechs Millionen Landwirtinnen und -wirte verteilen.⁷

Die GAP ist ein mächtiger Rechtsakt, der die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie auf den Kopf stellen kann. So wurden in der Vergangenheit durch die GAP sowohl Massentierhaltung als auch Ausbeutung und Klimazerstörung mit Milliarden Euro unterstützt.⁸ Mit der reformierten GAP verspricht die EU jetzt eine „grünere und gerechtere“ GAP, die den drei Grundsätzen der Nachhaltigkeit – ökologisch, wirtschaftlich und sozial – Vorrang einräumt.⁹

Die neue GAP: Wofür werden die GAP-Mittel verwendet?

Ein kompliziertes System legt fest, wie die GAP-Fördermittel verteilt werden. Letztere sind in zwei Säulen zusammengefasst: Säule 1 stellt bis zu 207,5 Milliarden Euro für die Einkommensstützung von Landwirtinnen und -wirten bereit. Säule 2 widmet 62,5 Milliarden Euro der Förderung der ländlichen Entwicklung.¹⁰ Die Gelder sind jedoch an Bedingungen geknüpft:

5 EU-Kommission. 2019. A European Green Deal. Striving to be the first climate-neutral continent. https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en

6 EU-Kommission. 2020. From Farm to Fork: Our food, our health, our planet, our future. The European Green Deal. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/865559/factsheet-farm-fork_en.pdf.pdf

7 EU-Kommission. 2020. Working with Parliament and Council to make the CAP reform fit for the European Green Deal. https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/food-farming-fisheries/key_policies/documents/factsheet-cap-reform-to-fit-european-green-deal_en.pdf

8 Heinrich-Böll-Stiftung & Friends of the Earth Europe. 2019. Agriculture Atlas. Facts and figures on EU farming policy. https://www.boell.de/sites/default/files/agricultureatlas2019_web_190508.pdf?dimension1=ds_agraratlas_2019

9 EU-Kommission. 2021. A Greener and Fairer CAP. https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/food-farming-fisheries/key_policies/documents/factsheet-newcap-environment-fairness_en.pdf

10 EU-Kommission. 2020. Common agricultural policy funds. https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/financing-cap/cap-funds_en

Die Mitgliedstaaten müssen

- mindestens 25 Prozent der Beihilfen für „Ökoregelungen“ ausgeben. Das sind „freiwillige“ Regelungen zur Förderung von umwelt-, klima und tierschonenden Praktiken. Die in der GAP festgelegten Kriterien für Ökoregelungen sind jedoch sehr weit gefasst und können auch Maßnahmen umfassen, die keinen oder nur sehr geringen Nutzen für die Umwelt haben.¹¹
- mindestens 10 Prozent der Beihilfen für kleinere Betriebe bereitstellen.
- mindestens 3 Prozent der Ausgaben zur Förderung von Junglandwirtinnen und -wirten aufwenden.¹²

Die meisten GAP-Förderungen werden in Form von Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe ausbezahlt, unabhängig davon, ob sie Ökoregelungen in Anspruch nehmen oder nicht. Es ist Aufgabe der Mitgliedstaaten, nationale Strategiepläne zu erstellen, um festzulegen, wie die Mittel im Einklang mit den GAP-Ausgabekriterien verwendet werden sollen. Die bis Jänner 2022 vorgelegten Strategiepläne werden von der EU-Kommission im Laufe des Jahres geprüft und genehmigt und in die ab 2023 in Kraft tretenden GAP-Vorschriften aufgenommen.

Die neue GAP und „Farm to Fork“: Der Teufel steckt im Detail

Die GAP soll theoretisch dabei helfen, die Ziele des Europäischen Green Deal zu erreichen – allerdings gibt es dazu praktisch keine verbindlich formulierten Vorschriften. Ein Grund dafür ist, dass erste Entwürfe der GAP bereits 2018 entstanden, also lange bevor der Green Deal und die Farm-to-Fork-Strategie überhaupt auf den Weg gebracht wurden. So waren Unstimmigkeiten von Anfang an vorprogrammiert.

Bereits 2020 warnten die Anwältinnen und Anwälte der Umweltrechtsorganisation ClientEarth die Europäische Kommission, dass die GAP-Vorschläge nicht mit dem Europäischen Green Deal vereinbar seien und darüber hinaus dessen Ziele untergraben würden.¹³ Wissen-

schaftler:innen, NGOs und Kleinbäuerinnen und -bauern organisierten während des Reformprozesses unzählige Proteste, doch die EU schritt in ihrem Prozess fort.

Die neue GAP und der EU-Green Deal: die Unterschiede

Die Reduktion von Treibhausgasen

Green Deal-Ziel

Reduktion der Treibhausgase um mindestens 55 Prozent bis 2030.

Die neue GAP

In den letzten sechs Jahren hat die EU im Rahmen der GAP rund 100 Milliarden Euro in Klimaschutzmaßnahmen gesteckt. Eine Überprüfung durch den Europäischen Rechnungshof ergab jedoch, dass diese Maßnahmen wenig bis keine Auswirkungen auf die Verringerung der Emissionen hatten.¹⁴

Um das EU-Emissionsreduktionsziel zu erreichen, müssen u. a. natürliche Flächen wiederhergestellt werden, die als wichtige Kohlenstoffspeicher dienen, wie etwa Moore und Wiesen. Moore binden enorme Mengen an Kohlenstoff, was für das Erreichen des Netto-Null-Ziels der EU von entscheidender Bedeutung ist. Allerdings müssen diese Gebiete entsprechend gepflegt werden, da sonst der Kohlenstoff wieder freigesetzt wird.

Die neue GAP enthält einige Auflagen zum Schutz dieser Gebiete, darunter die Erhaltung von Dauergrünland und kohlenstoffreichen Böden. Auch die Förderung für Landwirtinnen und -wirte, die bereits Agroforstwirtschaft betreiben und Techniken nutzen, die nachweislich Kohlenstoff im Boden binden, soll ausgeweitet werden. Die genannten Auflagen sind jedoch sehr schwach und es gibt nur wenige Anreize für Landwirtinnen und -wirte, diese Praktiken zu übernehmen. Darüber hinaus hat bisher kein Mitgliedstaat ausreichende Maßnahmen zum Schutz von Mooren eingeführt.¹⁵

11 WWF & EEB & BirdLife. 2021. Will CAP eco-schemes be worth their name? An assessment of draft eco-schemes proposed by Member States. <https://www.birdlife.org/wp-content/uploads/2021/11/CAP-report-eco-schemes-assessment-Nov2021.pdf>

12 WWF & EEB & BirdLife. 2021. Will CAP eco-schemes be worth their name? An assessment of draft eco-schemes proposed by Member States. <https://www.birdlife.org/wp-content/uploads/2021/11/CAP-report-eco-schemes-assessment-Nov2021.pdf>

13 Corporate Europe Observatory. 2020. CAP vs Farm to Fork. Will we pay billions to destroy, or to support biodiversity, climate, and farmers?. <https://corporateeurope.org/en/2020/10/cap-vs-farm-fork>

14 European Court of Auditors, Guardians of the EU finances. 2021. Special report 16/2021: Common Agricultural Policy and climate: Half of EU climate spending but farm emissions are not decreasing. <https://www.eca.europa.eu/en/Pages/DocItem.aspx?did=58913>

15 BirdLife International. 2021. CAP Strategic Plans: New assessment shows Member States fall short of saving nature. <https://www.birdlife.org/news/2021/11/17/cap-national-strategic-plans-assessment-nov2021/>

Ebenso wenig sieht die neue GAP ernsthafte Bestrebungen zur Verbesserung jener Bereiche vor, die für die höchsten Emissionen verantwortlich sind. So gibt es beispielsweise weder konkrete Maßnahmen zur Verringerung der industriellen Viehzucht, einem der größten Verursacher von Treibhausgasemissionen¹⁶ noch solche zur Verbesserung der damit verbundenen Lieferketten.

Die Reduktion von Pestiziden und Düngemitteln

Green Deal-Ziel

Reduktion von Pestiziden um 50 Prozent und von Düngemitteln um 25 Prozent.

Die neue GAP

Die GAP-Mittel sind mit einigen Auflagen für den „nachhaltigen Einsatz von Pestiziden“ verbunden und die Ökoprogramme umfassen die Reduzierung von Düngemitteln.¹⁷ Aber auch hier gibt es wenig aktive Anreize, diese Praktiken zu übernehmen und die Strafen bei Nichteinhaltung der Bedingungen sind obendrein gering.

Die Förderung der Biolandwirtschaft

Green Deal-Ziel

Biologische Bewirtschaftung von 25 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen in Europa.

Die neue GAP

Die neue GAP enthält einige Bestimmungen zur Förderung umweltfreundlicher Anbaumethoden. Dies geschieht vor allem durch die Unterstützung der Biolandwirtschaft im Rahmen der zweiten Säule und durch die Einführung einer Fruchtfolge, die die Bodengesundheit verbessert. Doch auch hier greift die neue GAP zu kurz. Das Fehlen gezielter Anreize für die Biolandwirtschaft bedeutet, dass konventionelle Landwirtinnen und -wirte weder ein Motiv für noch eine Unterstützung bei der Umstellung aus eigenem Antrieb haben. Hinzu kommt, dass in den meisten nationalen Strategieplänen der Mitgliedstaaten nicht genügend Mittel für die Erreichung des Bioziels bereitgestellt werden, während einige Länder überhaupt keinen Plan für die Biolandwirtschaft vorgelegt haben.¹⁸

Förderung der Biodiversität

Green Deal-Ziel

Widmung von mindestens 10 Prozent der Flächen für die Natur (Biodiversitätsflächen).

Die neue GAP

Die neue GAP schreibt zwar vor, dass mindestens vier Prozent der Flächen für „nicht-produktive“ Zwecke genutzt werden müssen, wobei dieser Prozentsatz durch Ökoregelungen noch erhöht werden kann. Diese Vorgabe ist jedoch mit Schlupflöchern gespickt: Ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurde überhaupt angenommen und es ist obendrein möglich, pflanzenbauliche – d.h. produktive – Elemente einzubeziehen.¹⁹

Auch hier versagen die Mitgliedstaaten. Kein Land hat bisher wirksame Maßnahmen zur Erreichung der Klima- und Biodiversitätsziele der Farm-to-Fork-Strategie oder des EU-Green Deal angegeben.

Reduktion von antimikrobiellen Mitteln

Green Deal-Ziel

Reduktion antimikrobieller Mittel – Antibiotika und Antimykotika – in der Tierhaltung um 50 Prozent.

Die neue GAP

Sowohl die neue GAP als auch die Farm-to-Fork-Strategie ignorieren das Offensichtliche: Der wirksamste Weg, den Einsatz antibiotischer Mittel zu reduzieren und die Emissionen in der Landwirtschaft zu senken, ist, die Finanzierung der industrialisierten Landwirtschaft, in der die Nachfrage für antibiotische Mittel am höchsten ist, einzustellen. Tatsächlich erreicht die neue GAP das Gegenteil davon. Es gibt keine Ökoregelungen oder Ziele zur Reduzierung der industriellen Tierhaltung, stattdessen sind die Zahlungen an die Größe des Betriebs gekoppelt. Das bedeutet, dass riesige, umweltverschmutzende Agrarfabriken weiterhin das so genannte grüne Budget der EU kassieren werden.

16 Friends of the Earth Europe. 2021. Meat Atlas – Facts and figures about the animals we eat. <https://friendsoftheearth.eu/publication/meeatatlas-2021/>
17 European Union. 2019. Aufnahme von Elementen der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32009L0128>
18 IFOAM Organics Europe. 2021. The Ambition Gap. Assessing organic farming support measures in current draft national CAP Strategic Plans for the Common Agricultural Policy 2023-2027. https://www.organicseurope.bio/content/uploads/2021/11/IFOAMEU_policy_CAP_externalbriefing_17112021.pdf?dd
19 EU-Kommission. 2020. Working with Parliament and Council to make the CAP reform fit for the European Green Deal. https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/food-farming-fisheries/key_policies/documents/factsheet-cap-reform-to-fit-european-green-deal_en.pdf

WAS IST DAS FAZIT?

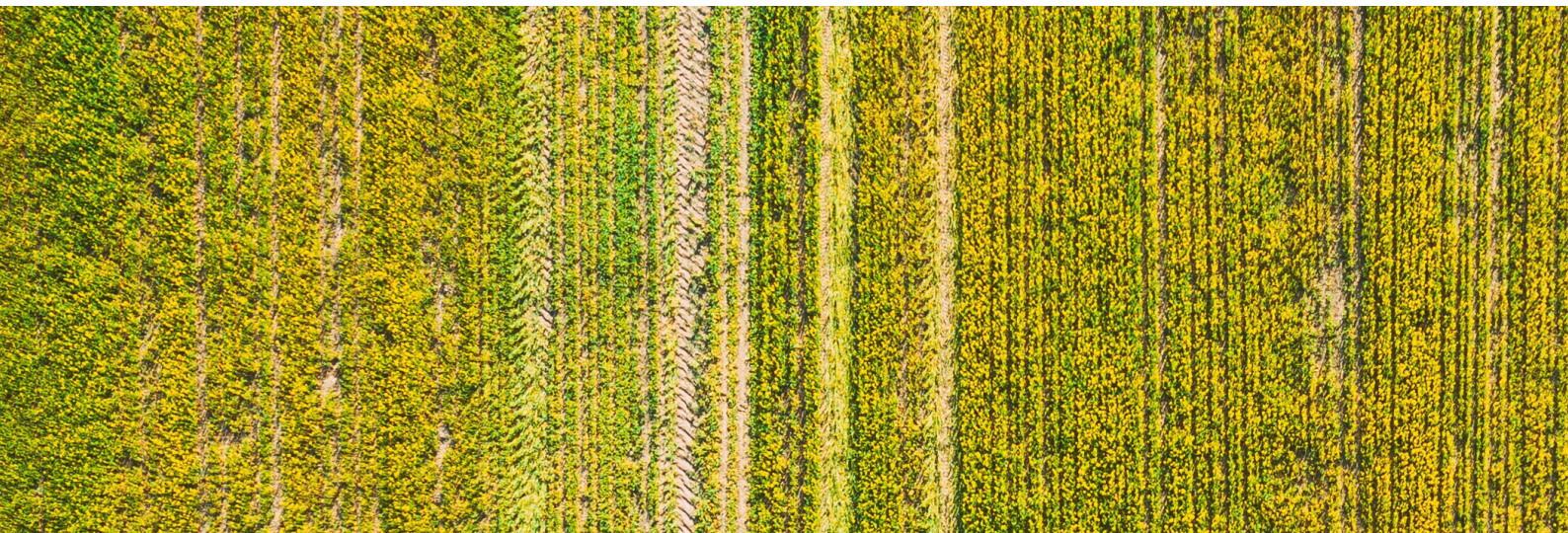
Die neue GAP, das angeblich „grüne Gesetz“, untergräbt die Ziele des EU-Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie. Sie reduziert die Mittel zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, zur Verringerung giftiger Pestizide und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der Landschaften auf optionale Zusätze, statt auf entsprechend verbindliche Bedingungen und Mittel. Die Bedingungen für die Ökoregelungen sind weit gefasst, die Sanktionen gering und die Maßnahmen, um die Mitgliedstaaten zur Verantwortung zu ziehen, schwach.

Die neue GAP ist nicht mit den Zielen des Green Deal der EU abgestimmt – Ziele, die an sich schon nicht ausreichen, um einen grünen und gerechten Wandel zu ermöglichen. Die Lücken in der GAP sind eine Aufzählung dessen, was eine wirksame Gesetzgebung haben sollte: verbindliche Maßnahmen für die sektorübergreifende Kohärenz der Politik, Zahlungen, die auf die Erreichung von Klima- und Biodiversitätszielen und die Unterstützung von Kleinbäuerinnen und -bauern ausgerichtet sind sowie eine Umverteilung der Zahlungen von Agrarkonzernen zu Kleinbäuerinnen und -bauern.

Wie geht es jetzt weiter?

Die neue GAP hat zahlreiche Proteste von Wissenschaftler:innen, NGOs und Kleinbäuerinnen und -bauern ausgelöst und wurde trotzdem verabschiedet. Die Mitgliedstaaten haben nun die Pflicht, ihre nationalen Strategiepläne so zu gestalten, dass sie über die schwachen GAP-Verpflichtungen hinausgehen. Verfügbare Mittel müssen für die Förderung von Maßnahmen aufgewendet werden, die die Ziele des EU-Green Deal erfüllen.

Die Europäische Kommission sollte auf ehrgeizige Pläne drängen und die Mitgliedstaaten durch wirksame Überprüfungssysteme und Sanktionen zur Rechenschaft ziehen. Nur so kann die Kohärenz mit dem EU-Green Deal, der Farm-to-Fork-Strategie und einer lebenswerten Zukunft gewährleistet werden.



IMPRESSUM

Medieninhaberin, Eigentümerin und Verlegerin: Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien, Tel. (01) 812 57 30, E-Mail: office@global2000.at, www.global2000.at, ZVR: 593514598, Für den Inhalt verantwortlich: Brigitte Reisenberger, Redaktion: Astrid Breit/Carin Unterkircher, Layout: Alexandra Lechner, Foto Cover/S.6: Grisha Bruev/Shutterstock



Dieses Infosheet wurde im Rahmen des IMCAP-Programms der Europäischen Union finanziert. Der Inhalt desselben gibt ausschließlich die Meinung der Autor:innen wieder und liegt in deren alleiniger Verantwortung. Die Europäische Kommission übernimmt keine Verantwortung für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.